
Interpellation I 11/26: Kann die kantonale Verwaltung ihre Aufgaben noch effizient bewältigen?

Am 30. März 2026 haben Kantonsrätin Bianca Bamert Sopko und vier Mitunterzeichner folgende Interpellation eingereicht:

«Die kantonale Verwaltung führt in den verschiedenen Ämtern gesetzlich vorgegebene Aufgaben für die Schwyzer Bürgerinnen und Bürger aus. Ziel ist es, dies effizient, kostengünstig und bürgerfreundlich zu tun. In Zeiten von schwerwiegenden demographischen, gesellschaftlichen und technischen Veränderungen wird dieses Ziel zur Herausforderung. Fachkräftemangel, Überalterung, KI, Globalisierung – diese Beispiele stehen für die genannten Veränderungen, mit denen die kantonale Verwaltung umzugehen hat.

Einige Ämter sind von den genannten Veränderungen stärker betroffen als andere. In diesen Ämtern kommt es deshalb zu Verzögerungen und Komplikationen bei wichtigen Aufgaben, bei Gesetzesreformen oder wegweisenden Projekten. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf die Bevölkerung und die Unternehmen aus. Es entstehen auch hohe Kosten, wenn beispielsweise Aufgaben an Dritte ausgelagert werden müssen, der technologische Fortschritt Projekte überholt oder Ämter ausgebremst werden.

Der Fachkräftemangel wird oft als Begründung für Verzögerungen und Komplikationen von Aufgaben und Projekten genannt. Eine konkrete Analyse mit der Benennung von besonders problematischen Faktoren, möglichen Gegenmassnahmen und Entwicklungsschritten fehlt jedoch.

Im Aufgaben- und Finanzplan oder in der Jahresrechnung ist seit Jahren von den Departementen zu lesen, was alles nicht umgesetzt werden kann oder konnte. Diese Verzögerungen kosten. Wir lesen von Springereinsätzen, die hohe Kosten verursachen.

Insgesamt stehen dem Kantonsrat jedoch – ausser den Berichten im Aufgaben- und Finanzplan oder der Jahresrechnung – keine Daten für die Begründung von Verzögerungen und Komplikationen bei Aufgaben und Projekten zur Verfügung. Konkrete Problemfelder können nicht eindeutig identifiziert werden. Es fehlen Vergleiche mit anderen Kantonen. Schliesslich können so auch keine politischen Gegenmassnahmen ausgearbeitet werden.

Der Regierungsrat steuert als Exekutivgremium die Ämter der kantonalen Verwaltung. Wir bitten den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche gesetzlichen Aufgaben sind an Dritte ausgelagert oder werden mit Springereinsätzen von externen Personen bewältigt?
2. Welches sind die konkreten Leistungen, die so erbracht werden, und wie hoch sind die jährlichen Kosten dafür?
3. Bei welchen gesetzlichen Aufgaben entstehen aufgrund von ungenügenden personellen Ressourcen Wartezeiten, woraus gegenüber der Wirtschaft oder der Bevölkerung Nachteile entstehen?

4. Welche Projekte der verschiedenen Ämter konnten in den letzten drei Jahren nicht innerhalb des bei Projektbeginn geplanten Zeitplans umgesetzt werden und was waren die konkreten Gründe dafür?
5. Wie gehen andere Kantone ähnlicher Grösse und mit ähnlichen Strukturen bezüglich des Verhältnisses von Aufgaben und Ressourcen mit den eingangs genannten Herausforderungen um?

Der Antworten sollen dem Kantonsrat die Grundlagen liefern, um evaluieren zu können, wo welche politischen Instrumente eingesetzt werden können, damit die kantonale Verwaltung ihre Aufgaben auch in Zukunft effizient, bürgerfreundlich und kostengünstig ausführen kann.»